



Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: Justiz- und Sicherheitskommission
vom: 2. Dezember 2014
zur Vorlage Nr.: 2014-323
Titel: **Bericht zum Postulat von Caroline Mall, SVP-Fraktion: Standesinitiative; Sofortmassnahmen zur Einführung von Binnengrenzkontrollen**
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

Bericht der Justiz- und Sicherheitskommission an den Landrat**Betreffend den Bericht zum Postulat von Caroline Mall, SVP-Fraktion: Standesinitiative; Sofortmassnahmen zur Einführung von Binnengrenzkontrollen**

Vom 2. Dezember 2014

1. Ausgangslage

Am 22. Mai 2014 hat der Landrat das im Titel erwähnte [Postulat](#) überwiesen. Das Postulat fordert insbesondere, dass die Binnengrenzkontrollen sofort wieder einzuführen seien, um dem Kriminaltourismus und der illegalen Einwanderung entgegenzuwirken.

In der Vorlage zum Geschäft führt der Regierungsrat aus, dass mehr Sicherheit an der Grenze notwendig sei, er aber einen andern Weg als die Postulantin einschlagen wolle. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass mit einer Aufstockung des Grenzwachtkorps dessen Wirksamkeit entscheidend gesteigert werden könne. Systematische Binnengrenzkontrollen seien ob unserer vernetzten Grenzregion faktisch kaum möglich. Die im Postulat geforderten Massnahmen hätten somit „kaum einen massgeblichen Einfluss auf die Kriminalität in der Schweiz“. Zudem könnten beim aktuellen Grenzwachtkorps-Personalbestand gar nicht alle Grenzübergänge besetzt werden. Mit einer Aufstockung des Grenzwachtkorps hingegen könnte dessen lage- und risikoorientierte Arbeit (Kontrollen an Grenzübergängen, aber auch an der "grünen" Grenze, im Grenzraum und in den Zügen) verstärkt werden.

Der Regierungsrat beantragt, dass im Kampf gegen den Kriminaltourismus, illegale Einreisen und insbesondere die Einbruchskriminalität bei der Bundesversammlung eine Standesinitiative eingereicht werden soll, welche eine Aufstockung des Grenzwachtkorps (GWK) und die angemessene Verteilung dieser zusätzlichen personellen Ressourcen auf die besonders betroffenen Regionen verlangt.

Für weitere Details wird auf die [Vorlage](#) vom 23. September 2014 verwiesen.

Das Büro des Landrates hat die Vorlage am 2. Oktober 2014 an die Justiz- und Sicherheitskommission überwiesen.

2. Beratungen in der Justiz- und Sicherheitskommission**2.1. Organisatorisches**

Die Kommission hat die Vorlage an ihrer Sitzung vom 20. Oktober 2014 behandelt; dies im Beisein von Regierungsrat Isaac Reber und Stephan Mathis als Generalsekretär der Sicherheitsdirektion, der die Vorlage auch vorstellte. Ergänzend referierte Beat Krattiger, Hauptabteilungsleiter Sicherheit und Ordnung der Polizei Basel-Landschaft, über die aktuellen Bemühungen, Kriminaltouristen von einer Einreise in die Schweiz abzuhalten. Ebenso wurden die Anstrengungen der Polizei Basel-Landschaft zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität erläutert.

2.2. Eintreten

Eintreten war unbestritten.

2.3. Diskussion

Wie auch die Regierung will die Kommission die Präsenz des Grenzwachtkorps an der Grenze und damit den Kontrolldruck erhöhen - und zu diesem Zweck dessen Personaletat aufstocken. Sie unterstützt deshalb die Standesinitiative einstimmig. Zwar sind in den letzten Jahren 24 zusätzliche Stellen für das Grenzwachtkorps geschaffen worden. Dabei ist die Region Basel bei der Zuteilung dieser neuen Grenzwächter mit gerade einmal vier (!) Stellen berücksichtigt worden, obwohl die Region Basel wie kaum eine andere mit dem Ausland vernetzt ist. Die Kommission teilt die Unzufriedenheit der Regierung über diese ungenügende Berücksichtigung.

Die Kommission hat den Text der Standesinitiative insofern ergänzt, als die Bundesbehörden „dringend“ ersucht werden, mehr Grenzwachtpersonal einzustellen. - Mit der im Schreiben an die Bundesversammlung angemahnten „angemessenen Verteilung“ der zusätzlichen Kräfte, dies zur Verdeutlichung, wird konkret verlangt, dass ein Drittel der neuen Grenzwächter in der Grenzwachtkorps-Region I, also der Nordwestschweiz, stationiert werden.

Ergänzend hat die Kommission ausserdem einen Antrag 3 eingefügt, wonach der Regierungsrat eingeladen wird, die anderen stark vom Kriminaltourismus betroffenen Kantone der Nordwestschweiz, der Westschweiz und den Kanton Tessin über die vom Landrat beschlossene Standesinitiative zu informieren und diese Kantone zur Unterstützung des Anliegens zu ermuntern.

Abschliessend seien noch die der Kommission bekannten Aktivitäten aufgezeigt, welche sich mit der Forderung der beantragten Standesinitiative decken:

- Die Regierungen der Kantone Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Aargau wurden im Frühjahr 2013 beim Bund mit dem Wunsch nach mehr Grenzwächtern bereits vorstellig.
- Frau Nationalrätin Daniela Schneeberger hat in einer am 25. September 2014 eingereichten [Motion](#) 100 zusätzliche Grenzwächter gefordert. Diese Motion wurde von etlichen Parlamentariern aus sämtlichen Nachbarkantonen mitunterzeichnet.
- Im Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt wurde ein [Anzug](#) eingereicht, der ebenfalls auf eine Standesinitiative mit der Zielsetzung einer Personalaufstockung des Grenzwachtkorps abzielt.
- Die Sicherheitsdirektoren unseres Kantons und von Basel-Stadt haben sich in Bern vor der Parlamentarischen Gruppe Basel für das Anliegen stark gemacht.

3. Antrag

Die Justiz- und Sicherheitskommission beantragt dem Landrat mit 12:0 Stimmen zu beschliessen:

1. Die beiliegende Standesinitiative betreffend die zusätzliche Aufstockung des Grenzwachtkorps und die angemessene Verteilung der Ressourcen auf die Regionen wird eingereicht.
2. Das Postulat [2013/132](#) von Caroline Mall wird abgeschrieben.

3. Der Regierungsrat wird eingeladen, die anderen stark vom Kriminaltourismus betroffenen Kantone der Nordwestschweiz, der Westschweiz und den Kanton Tessin über die vom Landrat beschlossene Standesinitiative zu informieren und diese Kantone zur Unterstützung des Anliegens zu ermuntern.

Schönenbuch, 2. Dezember 2014

Für die Justiz- und Sicherheitskommission:
Siro Imber, Präsident

Beilage:

Entwurf des Schreibens an die Bundesversammlung (Standesinitiative) in der Fassung der JSK.



Rathausstrasse 2
Postfach
4410 Liestal
Tel. 061 552 51 11
Fax 061 552 69 65

An die
Bundesversammlung
Bundeshaus
3003 Bern

Liestal, Datum/ref

Standesinitiative betreffend zusätzliche Aufstockung des Grenzwachtkorps und angemessene Verteilung der Ressourcen auf die Regionen

Sehr geehrter Herr Nationalratspräsident
Sehr geehrter Herr Ständeratspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren Nationalräte und Ständeräte

Am xxx hat der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschlossen, gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung eine Standesinitiative betreffend zusätzliche Aufstockung des Grenzwachtkorps und angemessene Verteilung der Ressourcen auf die Regionen mit folgendem Wortlaut einzureichen:

Text der Standesinitiative:

"Die Bundesbehörden werden dringend ersucht, das Grenzwachtkorps an allen Standorten personell so auszustatten, dass es seine Aufgaben nach Massgabe der jeweils bestehenden Sicherheitssituation in guter Qualität und entsprechend den Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung wahrnehmen kann."

Die Standesinitiative wird folgendermassen begründet:

1. Allgemeine Bemerkungen

Die Sicherheit ist ein Grundanliegen der Bevölkerung und stellt eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Kantonen und Gemeinden dar. Der auf alarmierende Weise zunehmende Kriminaltourismus sowie die illegale Migration gefährden die grundsätzlich nach wie vor zufriedenstellende Sicherheitslage in unserem Land und beeinflussen das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Neben den Sicherheitsorganen in den Kantonen kommt dem Grenzwachtkorps (GWK) eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung des Kriminaltourismus sowie der illegalen Migration und somit bei der Gewährleistung der Sicherheit in der Schweiz zu.

Es ist erfreulich, dass die Bundesversammlung in den vergangenen Jahren bereits eine bescheidene Aufstockung des Grenzwachtkorps bewilligt hat und dass weitere Aufstockungen offenbar geplant sind. 2012 beschlossen der Bundesrat und das Parlament die Aufstockung des Grenzwachtkorps um 24 zusätzliche Stellen, die Region Genf erhielt 10 neue Grenzwächter, die Region Tessin 6, die Region Nordwestschweiz 4 und der Bereich "Technik und Sonderaufgaben" 4. Wie dem Geschäftsbericht des Bundesrates für das Jahr 2013 zu

entnehmen ist, entfallen (mindestens) 35 Stellen auf neue Aufgaben, welche infolge der technischen Veränderungen ausgelöst durch Schengen/Dublin notwendig wurden.

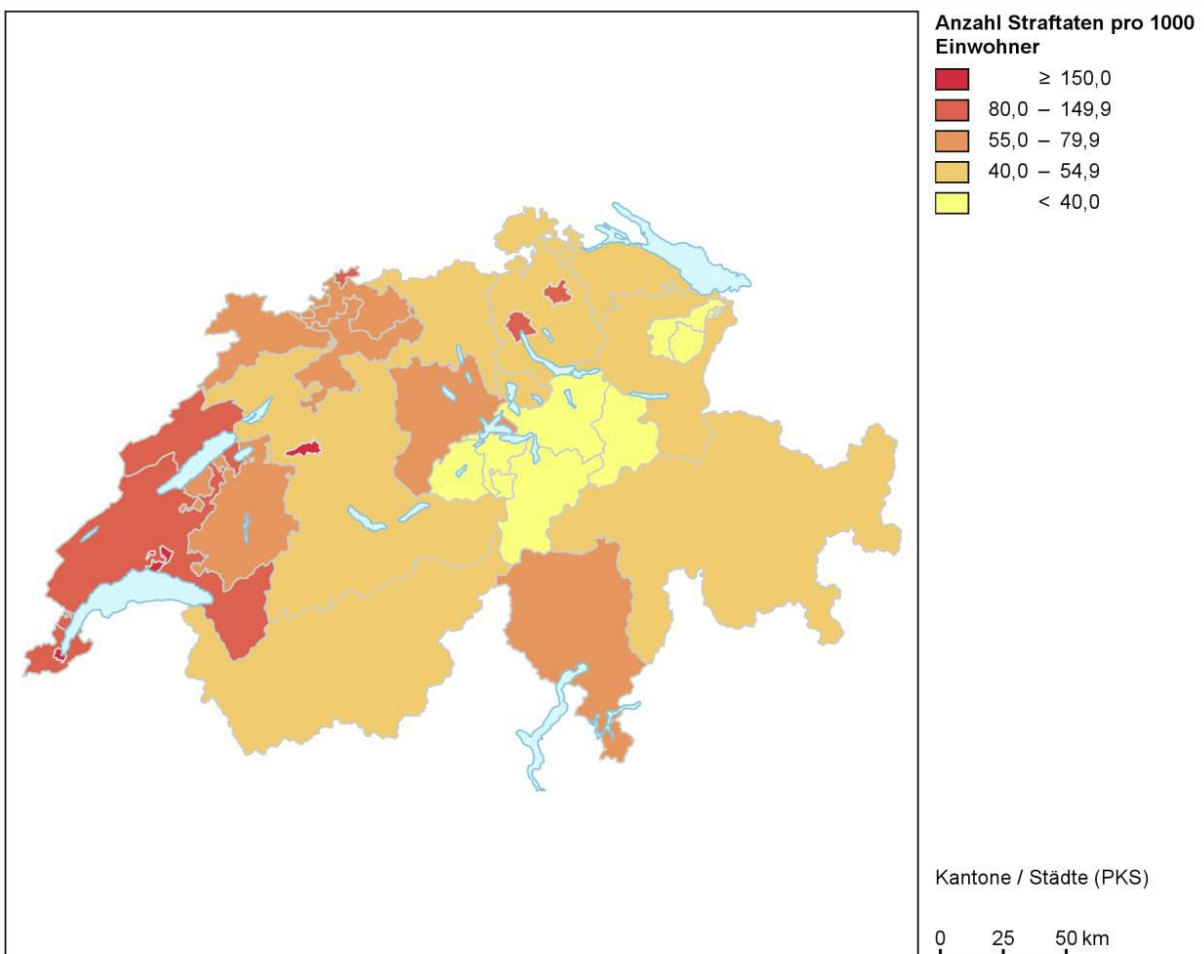
Entscheidend ist aber, dass neue Stellen zur Verfügung stehen, die für die bisherigen Kernaufgaben des Grenzwachtkorps - und dazu ist die Unterstützung der Polizeiorgane bei der Bekämpfung des Kriminaltourismus und der illegalen Migration ohne weiteres zu zählen - eingesetzt werden können. Seit 2000 besteht eine Vereinbarung zwischen dem Kanton Basel-Landschaft und dem Grenzwachtkorps über die gegenseitige Zusammenarbeit. Diese bewährt sich sehr gut: Die Kooperation zwischen der Polizei und dem Grenzwachtkorps wird gegenseitig als sehr wirkungsvoll und professionell wahrgenommen. Gleichzeitig wird betont, dass dieses Potenzial bei grösserem Personalbestand noch weitaus stärker genutzt werden könnte.

Die regionale Schwerpunktsetzung des GWK darf nicht so erfolgen, dass einzelne Regionen zu Lasten der anderen langfristig bevorzugt werden, wie dies momentan die Verschiebung von Ressourcen in die Regionen Tessin und Genf verursacht. Hier ist auch die Antwort des Bundesrates auf die Motion 13.3623 von Lukas Reimann unbefriedigend, indem die Zuteilung an das Tessin und an Genf die anderen Regionen zwar von der Abkommandierung in diese Regionen befreit, sie selbst aber keine zusätzlichen personellen Ressourcen erhalten. Bei der Zuteilung der Ressourcen müssen die geografischen Gegebenheiten (Erschliessung für den motorisierten Verkehr, Länge der „grünen Grenze“ ohne natürliche Hindernisse wie Flüsse, Seen oder hohe Gebirge) der betreffenden Regionen massgeblich berücksichtigt werden.

Es kommt nicht von ungefähr, dass exakt Regionen mit einem sehr hohen Anteil an "grünen Grenzen" besonders stark vom Kriminaltourismus heimgesucht werden und dessen Auswirkungen zu spüren bekommen. Zu diesen Regionen mit einem sehr hohen Anteil an durchlässigen Grenzen gehört im speziellen die Region Nordwestschweiz, welche zugleich auch schweizweit die höchsten Zahlen an Grenzübertritten (240'000 Ein- und Ausreisen aus Deutschland und aus Frankreich pro Tag) verzeichnet. Trotzdem wurde unsere Region bei der Zuteilung der neuen Stellen des Grenzwachtkorps bisher nicht adäquat berücksichtigt.

Im Kampf für die Sicherheit und gegen den Kriminaltourismus ist neben anderen Regionen auch die Region Nordwestschweiz dringend auf die verstärkte Unterstützung und die Zusammenarbeit mit dem Grenzwachtkorps angewiesen. Wir ersuchen die Bundesbehörden, ein deutliches Zeichen für die Sicherheit zu setzen und das Grenzwachtkorps signifikant aufzustocken. Die Personalressourcen sind so zu verteilen, dass alle Regionen unter Berücksichtigung ihrer Sicherheitssituation und ihrer Sicherheitsbedürfnisse vom Grenzwachtkorps genügend Unterstützung bei der grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung und bei der Verhinderung der illegalen Migration erhalten. Auf diese Weise kann das Grenzwachtkorps die effektivste Wirkung für die Sicherheit in der gesamten Schweiz entfalten.

Strafgesetzbuch (StGB): Häufigkeitszahl (%) nach Kantonen/Städten



Stand der Datenbank: 10.2.2014

Quelle(n): BFS – PKS (2013), STATPOP (2012)

© BFS, ThemaKart, Neuchâtel 2014

Die Grafik (Quelle: Bundesamt für Statistik, Polizeiliche Kriminalitätsstatistik 2013) verdeutlicht, wie stark vor allem Regionen mit einer grünen, leicht passierbaren Grenze von Straftaten betroffen sind. In der Kriminalitätsstatistik ist die Bedeutung der Einbruchdiebstähle hoch: Basel-Landschaft zum Beispiel ist der Kanton mit dem deutlich höchsten Anteil von Einbrüchen (40%) an den Gesamtdelikten.

2. Antrag

Der Landrat bittet Sie - auch im Namen des Regierungsrates - der Standesinitiative zuzustimmen.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen des Landrates

Die Präsidentin:

Der Landschreiber: